

Sitzungsdienst

Beantwortung einer Anfrage der FWG-Fraktion zum Neubau einer barrierefreien Fuß- und Radwegebrücke über die Fulda

Grundsätzlich ist zu dem Projekt „Fuß- und Radwegebrücke“ festzustellen, dass hier mehrfach die Zuständigkeiten gewechselt haben. Ursprünglich wurden die Projekte aus dem Bereich Kurbetrieb von Herrn Christian Mayer vorgestellt. Hier erfolgten einzelne Zuarbeiten, besonders zu geschätzten Kosten der Baumaßnahme durch die Technische Verwaltung.

Damals wurde die Länge der Rialto-Brücke mal Indexpreis Brücke als Kostenschätzung zugearbeitet. Dieser wurde vom Kurbetrieb in die Projektliste aufgenommen und dann von den Stadtverordneten als Punkt 12 bestätigt.

Infolge wechselte die Zuständigkeit auf den Fachbereich Technische Verwaltung, hier zunächst auf den Fachbereichsleiter, Herrn van Horrick, und dann auf die Mitarbeiterin Frau Chanda Heß. Die Bauabwicklung wurde dann auf die Wirtschaftsbetriebe übertragen. Hier zeichnete zunächst Herr Michael Müller weiter verantwortlich, danach der Geschäftsführer Herr van Horrick. Gleichzeitig – als Nebenstrang – wurden die Förderungsmöglichkeiten geprüft und über das Hessentagsteam in Wiesbaden abgeklärt und die Ergebnisse wieder zu den Sachbearbeitern zurückgespiegelt.

Zur Beantwortung der Frage 1:

Zwischen der Beschlussvorlage 0569/19 vom 25.10.2017 und der Beschlussvorlage 0703/19 gab es mehrfach Anzeichen und Hinweise auf Kostenveränderungen, die schon durch die Abprüfung der Fördermöglichkeiten ausgelöst wurde.

Zunächst ging man am Anfang von einer 2/3 Leader-Förderung aus. Dann wurde versucht, das Projekt in das neue Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ vom Juli 2007, ebenfalls mit einer 2/3-Förderung unterzubringen. Nachdem mit den Ministerien geklärt worden war, dass diese Förderwege nicht zur Verfügung stehen, wurde letztendlich von der Tourismusförderung eine 50-prozentige Förderung zugesagt. Allein damit hat sich die ursprünglich erwartete 2/3-Förderung nicht erfüllt. Letztendlich wurde eine 50% Unterstützung durch die Tourismusförderung zugesagt. Dadurch wurden auch die Projekte in ein Budget zusammengefasst.

Diese Entwicklung wurde in den Projektlisten, die mit dem Ministerium abgestimmt wurden, dargestellt. Diese wurden vom Hessentags-Team kommuniziert, u.a. im Hessentagsbeirat und wie gesagt in den veröffentlichten Projektlisten.

Nachdem das Projekt als „Hessentags-Projekt“ angesetzt worden ist, wurde zunächst eine Machbarkeitsstudie mit einer Kostenschätzung vergeben. Hier wurden auch im Vorfeld umfangreiche Gespräche mit den Trägern öffentlicher Belange geführt, die jeweils zu einer Ver-

änderung einer möglichen Brückenführung führten und damit auch zu einer veränderten Kosteneinstellung kamen. Zugleich wurden die Anforderungen in der HAD ausgeschrieben, um eine abschließende Planungsleistung zu bekommen. Das Ergebnis wurde am 14.03.2018 im Hessentagsbeirat-Beschluss zur Vergabe der Planungsleistungen vorgestellt und dann am 19.03.2018 vom Magistrat beschlossen.

Die Zeitpunkte sind aus der beigefügten Liste zu entnehmen.

Zur Beantwortung der Frage 2:

Bei Erstellung der Beschlussvorlage 0703/19 wurde davon ausgegangen, dass das längst festgesetzte Budget von 1.5 Mio. € für die Baumaßnahme eingehalten wird und diese 1,5 Mio. € als Budget von den Stadtverordneten insgesamt auch bekannt waren. Bei der Vorstellung der Vorlage kann der Unterzeichner nur für den Magistrat sprechen. Hier wurden Planungen, Ideen und die daraus möglichen Konsequenzen mündlich vorgestellt, bevor die Beschlussfassung erfolgte.

Zur Beantwortung der Frage 3:

Die Beschlussfassung 0047/19 hatte die Zielsetzung, dass die Bauleistung auf die Wirtschaftsbetriebe übertragen wurde. Auch hier ist das Gesamtbudget wichtiger, da wir uns in den Vergaben immer innerhalb der Budgets bewegen müssen. Zudem wurde davon ausgegangen, dass die Vorlage 754/19 „Information über aktuellen Planungsstand der barrierefreien Fuß- und Radwegebrücke über die Fulda“ allen bekannt war. Zudem wurde in der Ausschusssitzung Stadtplanung und Umwelt umfangreich über das Thema durch das Ingenieurbüro berichtet. Die favorisierte Lösung fand im Ausschuss allgemeine Zustimmung, die im Protokoll ausdrücklich vermerkt wurde. Die Angelegenheit wurde auch groß in der Zeitung berichtet.

Danach wurden auch erst die letzten Stufen der Planungskosten freigegeben.

Zur Beantwortung der Frage 4:

Ursprünglich lag ja nur eine grobe Kostenschätzung vor.

Durch die Abstimmungen mit anderen Trägern Öffentlicher Belange – besonders dem Naturschutz – wurde die Brücken insgesamt länger. Mit der Wahl von Materialien, Breite und Aussehen wurden die konkreten Kosten immer besser greifbar. Zudem ging das Büro auch bei der vorbereitenden Planung schon von generell ansteigenden Baupreisen aus.